



Hauptausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

2. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Sven Wolf (SPD), die Beratung von Tagesordnungspunkt 3 zu verschieben.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 01 – Landtag, LDI

Einzelplan 02 – Ministerpräsident
Vorlage 18/1429 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 18/1618 (Einführungsbericht zu EP 02)
Vorlage 18/1763
Vorlage 18/1809

Einzelplan 06, Kapitel 06 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Vorlage 18/1502 (Erläuterungsband zu EP 06)

Vorlage 18/1769

Vorlage 18/1771

Vorlage 18/1772

Vorlage 18/1808

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

Vorlage 18/1390 (Erläuterungsband zu EP 16)

Vorlage 18/1739

– abschließende Beratung und Abstimmung (Voten an den HFA)

a) Einzelplan 01 – Landtag, LDI **6**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 01 insgesamt unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD zu.

b) Einzelplan 02 – Ministerpräsident **6**

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 insgesamt unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

c) Einzelplan 06, Kapitel 06 070 – Landeszentrale für politische Bildung **13**

– Wortbeiträge

Die drei Änderungsanträge der Fraktion der SPD einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse können Vorlage 18/1829 entnommen werden.

Nach Ablehnung der drei Änderungsanträge stimmt der Hauptausschuss dem Kapitel 06 070 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- d) Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof** **24**
- keine Wortbeiträge
- Der Hauptausschuss stimmt dem Einzelplan 16 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD zu.
- 2 Vierter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Vierter Medienänderungsstaatsvertrag, 4. MÄStV)** **25**
- Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 18/4594
- Ausschussprotokoll 18/363 (Anhörung am 28.09.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zu.
- 3 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte** **26**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023
- Ausschussprotokoll 18/327 (Anhörung am 07.09.2023)
- Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231
- abschließende Beratung und Abstimmung
- wird nicht behandelt

- 4 Staatsvertrag über die Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest** 27

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 18/6412

– Wortbeiträge

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden beschließt der Ausschuss, die von der Fraktion der FDP beantragte Präsenzanhörung am 23. November 2023 um 10 Uhr durchzuführen und am 7. Dezember 2023 abschließend zu beraten und die Beschlussempfehlung an das Plenum abzugeben.

- 5 Verschiedenes** 28

- a) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5468 – Hinweisgeberschutzgesetz** 28

Vorsitzender Klaus Vossemer teilt mit, dass der federführende Rechtsausschuss zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5468 – Hinweisgeberschutzgesetz – zwischenzeitlich vereinbart hat, statt der zunächst vorgesehenen Präsenzanhörung eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

- b) Bedarfstermin am 9. November 2023** 28

Vorsitzender Klaus Vossemer informiert darüber, dass der ursprünglich für den 9. November 2023 vorgesehene Bedarfstermin im Einvernehmen mit den Obleuten aufgehoben wird.